

Kann man Wahlaussagen verstehen?

Über die Sprache der Parteiprogramme zur Bundestagswahl 2009

| FRANK BRETTSCHEIDER | ANIKAR M. HASELOFF | JAN KERCHER | Die

Sprache der Politik hat nicht den besten Ruf. Als Ergebnis von innerparteilichen Expertenrunden entstehen oft Texte in einer von Bürokratismen durchzogenen Fachsprache. Unverständlich vor allem für die, an die sie gerichtet sind: die Wähler. Wie ist es konkret um die Verständlichkeit der Wahlprogramme 2009 bestellt? Eine Analyse.

In allen Programmen zur Bundestagswahl 2009 finden sich Kuriositäten. Da schreibt die SPD über die „britische Stempelsteuer“, die Linke beschäftigt sich mit „Agroenergie-Importen“ und die Union empfiehlt eine „Ab-

»Nur was verstanden wird, kann überzeugen. Und Überzeugung tut not.«

flachung des Mittelstandsbauches“. Die Grünen lassen sich über „die grüne Pflegezeit“ aus. Und die FDP meint: „Deutschland ist ein landwirtschaftlicher Gunststandort“.

Für viele Bürger bleibt dieser Jargon unverständlich. Er ist meist das Ergebnis von innerparteilichen Expertenrunden. Sie verwenden ihre von Bürokratismen durchzogene Fachsprache. An den Bedürfnissen der Leser, die sich nicht tagtäglich mit diesen Themen beschäftigen, schreiben sie vorbei. Oft geht den endgültigen Formulierungen eine langwierige parteiinterne Kompromissuche voraus. „Verschlimmbesserungen“ sind das Resultat. In diesen Kompromissen sollen sich alle Parteiströmungen und -flügel wiederfinden können. Verstanden werden sie oft aber

noch nicht einmal von den Delegierten der Parteitage, die die Programme verabschieden. Ganz zu schweigen von den Wählern.

Je komplexer und schwieriger ein Text, desto klüger ist sein Autor und desto gehaltvoller ist sein Inhalt. Diese auch der Wissenschaft nicht ganz fremde Maxime ist genauso falsch wie sie veraltet ist.

Dabei ist die Regel ganz einfach: Nur was verstanden wird, kann auch überzeugen. Und Überzeugung tut not. Ein wachsender Anteil der Wählerschaft fühlt sich nicht mehr langfristig an eine Partei gebunden. Anstelle der ideologisch motivierten Bindung tritt immer häufiger eine an Themen orientierte, kurzfristige Stimmabgabe. 30 bis 40 Prozent der Wähler entscheiden erst in den letzten zwei Wochen vor der Bundestagswahl, welcher Partei sie ihre Stimme geben. Und auch der Anteil der Wechselwähler steigt stetig an. Diese Wähler sind anspruchsvoller geworden. Sie wollen umworben und überzeugt werden.

Nun sind die Wahlprogramme nicht das wichtigste Kommunikationsmittel

der Parteien. Plakate, Internet-Kommunikation, Auftritte der Spitzenpolitiker in Talkshows, in Sondersendungen des Fernsehens oder in Interviews der Tages- und der Wochenpresse sind für die Außenwahrnehmung wichtiger. Und dennoch: Mit den Programmen steht den Parteien eine Möglichkeit zur Verfügung, ungefiltert von journalistischer Auswahl und ungefiltert von redaktionellen Entscheidungen ihre Positionen publik zu machen. Umso mehr überrascht es, dass sie sich dabei wenig Mühe geben.

»Es überrascht, dass sich die Parteien mit ihren Programmen wenig Mühe geben.«

An der Universität Hohenheim wurde nun – in Zusammenarbeit mit dem Ulmer CommunicationLab – die formale Verständlichkeit der Parteiprogramme untersucht. Anhand zentraler Merkmale aus der Lesbarkeitsforschung wurde geprüft, wie verständlich die Programme sind sowie welche Unterschiede dabei zwischen Parteien und innerhalb der Programme bestehen. Zu diesen Merkmalen zählen: die durchschnittliche Satzlänge, die durchschnitt-



AUTOREN

Frank Brettschneider ist Professor für Kommunikationswissenschaft an der Universität Hohenheim.

Dr. Anikar M. Haseloff ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Kommunikationswissenschaft der Universität Hohenheim.

Dipl.-Kommunikationswissenschaftler Jan Kercher ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Kommunikationswissenschaft der Universität Hohenheim.

liche Wortlänge, der Anteil der Wörter mit mehr als sechs Zeichen, der Anteil der Schachtelsätze, der Anteil der Sätze mit mehr als zwanzig Wörtern. Aber auch der Einsatz von Fachsprache, die inhaltliche Komplexität und die Verwendung nicht eindeutiger Begriffe wurden mittels einer Kombination aus quantitativer, softwaregestützter Textanalyse sowie qualitativer Expertenanalyse erfasst.

Demnach hat die Links-Partei das formal unverständlichste Bundestagswahlprogramm. Es ist nicht viel leichter zu lesen als eine politikwissenschaftliche Doktorarbeit. Auf der Hohenheimer Verständlichkeitskala von 0 (sehr unverständlich) bis 20 (sehr verständlich) erreicht die Links-Partei einen Wert von 6,5 (vgl. Abbildung 1). Die Grünen verwenden hingegen eine deutlich verständlichere Sprache. Kürzere Sätze, weniger Schachtelsätze, deutlich weniger komplexe oder abstrakte Wörter – all dies trägt ihnen einen Verständlichkeitswert von 11,0 ein. Dabei haben die Grünen das mit Abstand

»Die Links-Partei hat das formal unverständlichste Bundestagswahlprogramm.«

längste Programm (52 954 Wörter). Die Linke hat mit knapp 20 000 Wörtern das kürzeste Programm.

Aber nicht alle Teile der Programme sind gleichermaßen unverständlich. Für die Formulierungen in der Einleitung, im Schlusswort und in den Abschnitten zum Selbstverständnis der Parteien lassen die Verfasser größere Sorgfalt walten. Hier wird teilweise ein Verständlichkeitswert von mehr als 18 Punkten erreicht. Unverständlich bleiben hingegen die Fachaussagen. Den längsten Satz gönnt sich die SPD: „Das international vereinbarte Ziel, die CO₂-Emissionen in Industriestaaten bis 2050 gegenüber 1990 um 80-95 Prozent zu reduzieren, ist nur erreichbar, wenn wir jetzt in die Modernisierung unserer Kohle- und Gaskraftwerke investieren, um weniger CO₂ zu emittieren, wir die Emissionsbudgets im Rahmen der EU und der internationalen Vereinbarungen weiter absenken, der Anteil erneuerbarer Energien über das Jahr 2030 hinaus weiter ansteigt und der jetzt bereits geltende Vorrang der Einspeisung ins Netz erhalten bleibt.“ 73 Wörter. Empfohlen wird von Lesbarkeitsforschern eine maximale Satzlänge von 20 Wörtern.

Abbildung 1: Die formale Verständlichkeit der Bundestagswahlprogramme



Am häufigsten finden sich solche Satz-Ungetüme jedoch bei der FDP:

„Leistungskorridore von Schwerpunkten der Kraftwirtschaft zu möglichen Speicherorten sind planerisch frühzeitig vor konkurrierenden Einflüssen, die die Nutzung wesentlich erschweren oder gar unmöglich machen, zu sichern.“ Aha. Und wer will schon der Forderung der Union widersprechen: „Für Kreditzusagen an eine nicht konsolidierte Zweckgesellschaft müssen grundsätzlich die gleichen Eigenkapitalvorschriften gelten wie für Aktiva vergleichbaren Risikos in der Bilanz“. Ist doch klar...

Zwischen den Parteien bestehen aber auch auffällige Gemeinsamkeiten. So finden sich bei der Union und bei der SPD ähnliche Begriffe unter den 25 häufigsten Wörtern in den Programmen (vgl. Abbildung 2a und 2b). In den Wort-Wolken sind „Deutschland“, „Menschen“, „Kinder“, „Gesellschaft“ und „Zukunft“ oft vertreten. Bei der Union finden sich zusätzlich „Sicherheit“ und „Verantwortung“, bei der SPD „Arbeit“ und „Soziales“. Damit spiegeln die verwendeten Begriffe auch die traditionellen thematischen Schwerpunkte der Parteien wider. Dies bedeutet aber keinesfalls, dass diese Traditionsbereiche auch verständlicher formuliert sind als andere Politikfelder. So sind die Äußerungen der Links-Partei über Arbeits-

Abbildung 3: Die formale Verständlichkeit des Themenfelds „Bildung, Forschung und Kultur“ in den Bundestagswahlprogrammen



